

**Antragsteller: Bezirksvorstand**

**Titel/Thema: Solidarität mit Israel**

### **Die Bezirksversammlung möge beschließen:**

Die Weltöffentlichkeit wurde am 7. Oktober Zeuge eines feigen und menschenverachtenden Terrorangriffs gegen den Staat Israel und seine Bevölkerung.

Die Hamas beging bestialische Gewaltakte an der Zivilbevölkerung; Frauen wurden massakriert und gefoltert, Kinder vor den Augen ihrer Eltern hingerichtet, ganze Familien in ihren Häusern grausam „abgeschlachtet“, zahlreiche Menschen als Geiseln verschleppt. Die Europa Union bekräftigt in dieser Situation ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Menschen in Israel.

Wir bekräftigen das völkerrechtlich verbrieft Existenzrecht Israels und sein Recht auf Selbstverteidigung einschließlich des legitimen Kampfes gegen den Terrorismus mit dem Ziel, die Operationsbasis der Hamas auszuschalten.

Wir verurteilen entschieden die pro-palästinensische Terrorpropaganda in deutschen Städten, insbesondere gewaltsame pro-palästinensische und antisemitische Demonstrationen. Ihre Unterstützungsorganisationen und Hassprediger in Moscheen sind daher unter Ausschöpfung sämtlicher rechtsstaatlicher Mittel zu bekämpfen. Fremdländische MitbürgerInnen, die durch antisemitische Hetze oder Gewalt gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung verstoßen, sind konsequent abzuschieben.

Den Gesetzgeber fordern wir auf, unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit, den rechtlichen Rahmen zu erweitern, wenn das zum Schutz der Grundsätze unserer verfassungsmäßigen Ordnung, zur Verhinderung pro-palästinensischer Gewalt und der Bekämpfung antisemitischer Hetze erforderlich ist.

Mit Entsetzen stellen wir fest, dass es politische Kräfte in Europa gibt, die mit dem Hinweis auf begangenes Unrecht an der palästinensischen Bevölkerung die Gewalt- und Terrorakte der Hamas verharmlosen und relativieren. Die französische Partei La France Insoumise weigert sich beim Anschlag der Hamas von Terrorismus zu sprechen. Wir fordern deshalb von allen europäischen Parteien eine Beendigung der Zusammenarbeit mit dieser Gruppierung. Die demokratischen Institutionen in Europa, Deutschland und Bayern werden aufgefordert, konsequent gegen die politischen Kräfte vorzugehen, die bei Kundgebungen oder durch Veröffentlichungen Sympathieerklärungen für terroristisch-palästinensische und islamistische Gruppierungen äußern.

„Fridays for Future International“ verbreitet Geschichtsfälschungen und Verschwörungserzählungen und verleugnet die Tatsache, dass Hamas und andere

pro-iranische Terrorgruppierungen einen Genozid an der israelischen Bevölkerung fordern. Wir unterstützen deshalb den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland mit der Forderung an „Fridays for Future Deutschland“ nach einer Namensänderung und den Abbruch sämtlicher Kontakte mit Greta Thunberg und „Fridays for Future International.

Ungeachtet all dessen sehen wir das unsagbare Leid der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen und solidarisieren uns mit den Menschen dort in der Überzeugung, dass ihr Leid durch den Terror der Hamas nicht nur verursacht, sondern auch kaltblütig und zynisch in Kauf genommen und sogar propagandistisch missbraucht wird. Gleichzeitig verurteilen wir die Gewalttaten rechtsextremer jüdischer Siedler im Westjordanland gegen palästinensische Zivilisten, die nicht mit dem Selbstverteidigungsrecht des Staates Israel vereinbar sind.